

kurzer Besatz, an der die Demokraten, die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Sozialisten teilnahmen, in der aber im allgemeinen die Verbesserungen der Ausfuhrerträge anerkannt wurden, schloß die allgemeine Aussprache.

In kurzer Einzelberatung wurden die Änderungsanträge der Dispositionspartei abgelehnt. Gegen den Widerspruch des Reichsfinanzministers wurde das vom Ausschuss beschlossene Statut für Kriegshinterbliebene in namentlicher Abstimmung mit 353 gegen 19 Stimmen angenommen, die Vorlage in der Ausschussfassung ebenfalls in zweiter und dritter Lesung.

## Frankreich und Italien

Vondon, 15. Dezember.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Wendung in den französisch-italienischen Beziehungen auf die persönliche Intervention Poincarés zurückzuführen sei. Nach dem Abschluß des französisch-italienischen Paktes sei man am Quai d'Orsay ernstlich besorgt gewesen über die italienische Stimmung gegen Frankreich und habe Sir Austen Chamberlain um seine Intervention in Rom gebeten. Der britische Außenminister habe aber die Übernahme einer solchen heiklen Aufgabe abgelehnt.

Nach dieser Ablehnung habe Poincaré sich der Angelegenheit selbst angenommen und durch ein entschiedenes Vorgehen von der von der französischen Linken an Mussolini und dem faschistischen Regime geübten Kritik den Boden für eine Verbesserung der Beziehungen vorbereitet. Poincaré hat hinzugefügt, daß die Gefühlsausbrüche der Radikalen und Sozialisten gegen Mussolini bekämpft werden müßten, da sie auf lange Sicht nur zu einem Zusammenstoß zwischen Italien und Deutschland gegen Frankreich führen könnten. Brando Rede in der Kammer mit der angeregten Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen ihm und Mussolini sei dann die selbstverständliche Konsequenz der letzten französischen Arbeit und die Verbesserung der Beziehungen zu Rom gewesen.

## Einwohner über Abbrückung

Der gefällte Stalin-Artikel.

Wien, 14. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Parteitag der Sowjetunion während der Tagung der Vorbereitenden Abbrückungskommission. Litwinoff schilderte den Verlauf der Arbeit der Kommission und die Bemühungen, die die Sowjetdelegation anwenden mußte, damit das von ihr beantragte Abbrückungsprogramm in den Arbeitsplan der Kommission aufgenommen wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch auf der nächsten Tagung der Vorbereitenden Abbrückungskommission die Vertreter der kapitalistischen Länder mit allen Mitteln bestrebt sein werden, die Erörterung des von der Sowjetunion vorgelegenen Abbrückungsprogramms nicht zuzulassen und daß der Sowjetdelegation ein ernstlicher Kampf für die Erörterung ihres Programms und für eine Aenderung der Arbeitsmethoden der Kommission bevorsteht.

Der starke Eindruck, den das Auftreten der Sowjetdelegation gemacht hat, hat nunmehr interessierte Kreise gezwungen, zu Abbrückungsmethoden zu greifen. In diesem Zweck wird jetzt aus dunkler Quelle ein angeblicher Artikel Stalins verbreitet. Der Vorschlag eines Sozialisten, daß die kapitalistischen Länder später entscheiden würden, ob sie ebenfalls abbrücken sollten, zeigt davon, daß der Urheber dieses Vorschlages nicht die allgemeine Abbrückung, sondern lediglich diejenige der Sowjetunion anstrebt. Die Sowjetunion ist bereit, zugleich mit den anderen Ländern unverzüglich zu einer allgemeinen Abbrückung zu schreiten.

## Gegen die Hochfinanzhölle

Verlauf der Londoner Wirtschaftskonferenz.

London, 14. Dezember.

In der heutigen Sitzung der von der Völkervereinigung in der Guild-Hall veranstalteten Konferenz zur Erörterung der Arbeit der kürzlich internationalen Wirtschaftskonferenz behandelte der Vorsitzende von Lloyd die Frage der Handelsbeschränkungen vom Standpunkte des Versicherungswesens. Der Schweizer Vertreter Stani erklärte, Genf habe bewirkt, daß schutzweiserische Kreise nicht mehr wie früher mehr oder weniger unbeschränkt herrschen können. Jakobson von der Wirtschafts- und Finanzkonferenz des Völkervereinigung erklärte, die Errichtung von Tarifbeschränkungen bedeute nicht nur unwirtschaftliche und löchliche Produktion, sondern auch eine Verschwendung der Kapitalinvestitionen der Welt. Der Herausgeber des „Economist“ Layton erklärte, die Notwendigkeit der Beseitigung der Handelsbeschränkungen werde in Europa stark empfunden. Der bekannte Wirtschaftler Sir George Paish betonte ebenfalls die dringende Notwendigkeit der Beseitigung der Tarife. Er sagte, man befinde sich in einem Rennen auf eine Katastrophe hin, und es handle sich darum, ob man gewinnen oder verlieren werde. Wenn die richtigen Schritte unternommen würden, so werde man eine Periode großer Wohlfahrt erreichen. Der Friedensvertrag sei grundsätzlich. Sir Arthur Balfour, der auf der Nachmittagstagung den Vorsitz führte, erklärte, die Nachkriegsverhältnisse hätten die Rationalisierung notwendig gemacht, jedoch würde keiner Ansicht nach Rationalisierung nicht das Mittel zur Beseitigung der Tarife sein. Richtig durchgeführt, würde Rationalisierung nicht weniger, sondern mehr Arbeit schaffen. Sir Alfred Mond erklärte, er stimme mit der Ansicht nicht überein, daß internationale Vereinbarungen die Tarife nicht vermindern würden. Wenn man bis zu einem Punkte internationalen Interesses gelangen könne, so werde man einen andersartigen Geist schaffen, der dazu beitragen würde, die der Industrie auferlegten Beschränkungen zu vermindern, wenn nicht abzuschaffen. Die Konferenz wird morgen ihren Abschluß finden.

## 26 Tote und 34 Vermißte in Quebec

Quebec, 15. Dezember. Bei den Aufräumungsarbeiten nach dem Waldbrand in Quebec sind bisher 26 Leichen geborgen worden. 34 Kinder werden noch vermißt.

# Für Senkung der Lohnsteuer

Kompromiß der Regierungsparteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei

In der Frage der Senkung der Lohnsteuer bestand bekanntlich zwischen der Regierungsvorlage und dem Reichsrat, der die Senkung der Lohnsteuer abgelehnt hatte, ein Gegensatz. Auch innerhalb der Regierungsparteien herrschten über diese Punkte Meinungsverschiedenheiten. In der gestrigen Sitzung des Stenographischen Ausschusses des Reichstages haben die Deutsche Volkspartei, die Zentrumspartei, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei einen Antrag eingebracht, der die Regierungsvorlage wesentlich verbessert, indem er die Lohnsteuer für die unteren Einkommen noch mehr senkt, für die oberen aber nur eine geringe Senkung vorsieht. Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu diesem zwischen den übrigen Regierungsparteien erzielten Kompromiß ist noch nicht bekannt.

Der Kompromiß sieht u. a. in Artikel 4 der Regierungsvorlage folgende Fassung vor: Das Gesetz vom 3. September 1925 erhält Einnahmen aus der Lohnsteuer vom 1. September 1926 an den Betrag von 1900 Millionen M., so hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Senkung der Lohnsteuer herbeiführt.

Nach dem Kompromiß soll weiter der Steuerbetrag vom Arbeitslohn, der bisher 10 Prozent betrug, um 15 Prozent vom Hundert ermäßigt werden (der Steuerbetrag wird dann also 8 1/2 Prozent statt 9 Prozent, wie es die Regierungsvorlage will, betragen), jedoch in den Fällen des § 70 des Einkommensteuergesetzes höchstens a) um 2 M., monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, b) um 0,50 M., wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, c) um 0,10 M., täglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage, d) um 0,05 M., zweitäglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für zwei angesehene oder volle Arbeitstagen.

Für die veranlagte Einkommensteuer soll sich die Steuer ebenfalls um 15 Prozent ermäßigen, höchstens aber um 24 M., jährlich, wenn das Einkommen den Betrag von 8000 M. nicht übersteigt.

Ferner wird vorgeschlagen, die Summe der abzugsfähigen Sonderleistungen für Ledige, die bisher 480 M., nicht übersteigen dürfte, auf 600 M. zu erhöhen und den entsprechenden Zuschlag für die zur Haushaltsführung dienenden Mitglieder von 100 auf 250 M. zu erhöhen. Der § 70, Absatz 4, erhält folgende

Fassung: „Der in den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er a) bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate 1 M., monatlich, b) bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen 0,25 M., wöchentlich nicht übersteigt.“

Weiter wird bestimmt, daß diese Aenderung erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung findet, der für eine nach dem 31. Dezember 1927 erfolgende Dienstleistung gewährt wird. Ferner finden sie erstmalig Anwendung bei Veranlagungen für das Kalenderjahr 1928 und die im Kalenderjahr 1924 endenden Wirtschaftsjahre, jedoch mit der Maßgabe, daß die Einkommensteuer um 1/10, höchstens aber um 12 M. jährlich gemindert wird.

## Der Reichsrat bejaht die Bejoldungsvorlage

Berlin, 15. Dezember. Der Reichsrat erklärte sich am Donnerstag einstimmig mit der Bejoldungsvorlage einverstanden. Einverstanden erklärte sich der Reichsrat auch mit einer Verordnung, wonach die bisherigen örtlichen Sonderzuschläge aufgehoben werden sollen. Nur in den Orten des bejoldeten Gebietes wird nächstens für die Dauer der Gewährung der Bejoldungsgulage noch der Zuschlag gewährt, aber zu einem ermäßigten Prozentsatz.

## Zentrum und Bayerische Volkspartei

München, 15. Dezember. (T. U.)

In einer Vertrauensmännerversammlung der Arbeitergruppe der Bayerischen Volkspartei, an der auch zum ersten Male Vertreter des Zentrums in Bayern teilnahmen, wurde in einer Aussprache über die politische Lage die in den letzten Wochen zutage getretenen Methoden der bayerischen Verbände nachdrücklich abgelehnt, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeiterchaft dieser Bewegung von vornherein mit dem größten Mißtrauen gegenüberstanden habe. Die Vereinbarungen mit dem Zentrum wurden im Sinne der spätesten völligen Wiedervereinigung der deutschen Katholiken mit Genugtuung und Freude begrüßt.

## Polnisches Ultimatum an Danziger Eisenbahner

Danzig, 14. Dezember.

In einem Schreiben der polnischen Eisenbahndirektion an die hiesige Gruppe der deutschen Eisenbahnervereinigung wird zum Ausdruck gebracht, daß die hiesige Organisation des Eisenbahnerverbandes nur eine Kreisabteilung eines ausländischen Verbandes ist, und zwar eines Verbandes, der „Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“ heißt, mit dem Sitz in Berlin. Die polnische Eisenbahndirektion fordert, daß die hiesige Organisation sich in eine vollständig unabhängige und selbständige Organisation mit dem Sitz in Danzig umformen soll. Das Schreiben schließt mit der ultimativen Forderung, daß wenn diese Umwandlung der Eisenbahnervereinigung nicht bis zum 1. April 1928 durchgeführt wird, die Eisenbahndirektion nach diesem Termin diese Organisation nicht als Kontrahenten anerkennen und nicht zu Verhandlungen zulassen könne.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ bemerken hierzu: Eine authentische Forderung des Eisenbahnerverbandes zu dieser Forderung der Eisenbahndirektion liegt noch nicht vor. Es hat aber den Anschein, als könne sich hieraus erneut eine Verschärfung der Situation zwischen Eisenbahner und Direktion entwickeln. Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ äußert u. a.: Die Arbeiter sehen diese Forderung als einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit an, und erwidern darin den Versuch der polnischen Eisenbahndirektion, die Stellung der Deutsch-Danziger Eisenbahner zu schwächen.

## Preußen und Walded

Die Verhandlungen über den Ankauf Waldeds an Preußen setzen augenblicklich noch im Stadium von Vorbesprechungen; über eine Reihe von Punkten ist jedoch schon eine Einigung erzielt worden. Darüber berichtet die „Kasseler Post“ aus Krossen: Der preussische Staat erhält 4100 Hektar Wald und beide Oberförstereien Breitzhausen und Gellershausen. Dem zu gründenden Zweckverband verbleiben 18 000 Hektar Wald und einige Domänen. An dem Reingewinn aus dem Wald wirdungen soll der Zweckverband mit 25 Prozent beteiligt sein, erhält aber in den ersten fünf Jahren mindestens 75 000 Mark. Der Zweckverband wird also Träger des Waldedischen Vermögens und soll vor allem dazu dienen, die erhöhten Steuern auszubringen. Preußen wird die forstliche Verwaltung gegen die bisherigen Besorgungskosten übernehmen. Das Krossenische Realgymnasium wird staatlich, und die Waldedische Realschule wird ausgehauert. Preußen übernimmt sämtliche Waldedischen Beamten. Die Landwirtschaftskammer wird aufgelöst, die Landwirtschaftsschulen aber bleiben nicht nur bestehen, sondern werden durch eine landwirtschaftliche Mittelschule in Krossen vermehrt.

## Eine Aufsehen erregende Steuerhinterziehung

Mainz, 12. Dezember.

Umer der Ueberschrift „Eine Aufsehen erregende Steuerhinterziehung in Hessen“ schreibt das „Mainzer Journal“: Die Testamentvollstrecker des vor einigen Jahren verstorbenen Großindustriellen und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Exzellenz Cornelius Freiherr von Heyl zu Herrnsheim, die Herren Eudwig Ludwig Rahm, Direktor Geher und der ehemalige Finanzminister und Reichswirtschaftsminister a. D. Exzellenz Dr. Feder-Hellen (M. d. R.) stehen in dem dringenden Verdacht, sich einer großen Steuerhinterziehung zum Nachteil des Reiches und hiesigen Volkstaates schuldig gemacht zu haben. Die Steuerhinterziehung gehe, wie das „Mainzer Journal“ aus zuverlässiger nichtamtlicher Quelle erfahren haben will, in die Millionen Reichsmark. Die zuständigen Finanzbehörden hätten sich schon seit längerer Zeit mit der Angelegenheit beschäftigt. Es solle sich, daß die im Verdacht stehenden Herren erst vor kurzem sich dazu bequemten, bei einer sehr hohen Finanzbehörde ein Geständnis abzulegen, das offenbar den Zweck haben soll, sich den Schutz der Straffreiheit auf Grund der bekannten Be-

stimmung der Reichsabschließung zu sichern. Ob dieser Zweck jetzt noch erreicht werden werde, müsse der weitere Gang des Verfahrens lehren.

Die Richtigkeit dieser gewiß sensationellen Nachricht vermögen wir nicht nachzuprüfen; wir müssen die Verantwortung dafür dem „Mainzer Journal“ überlassen.

## Die chinesischen Wirren

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 13. Dezember.

Die neuen Wirren in Kanton zusammen mit der wieder auftretenden Spannung in Hankau und der respektierenden Nervosität in Schanghai werden hier als eine Gelegenheit für Rußland betrachtet, sein gesunkenes Prestige in China neu zu befestigen. Doch schreibt man in London die Ausbrüche selbst nicht unmittelbar der bolschewistischen Agitation zu. Die Störkräfte in Kanton sind nach den bisherigen Informationen organisierte Arbeiter, die unter den Nachwehen des antienglischen Boykottes leiden, und unbezahlte Truppen. Es ist daher kaum nötig, ihre Ausschreitungen mit russischer Propaganda zu erklären, obwohl diese natürlich sehr verstärkt einsetzt. Weshalb ist denn auch keine fremdenfeindliche Stimmung festgestellt worden.

Die Regierung hat einen Expeditionskorps in Höhe von 3 000 000 Pfund Sterling (61 800 000) eingebracht, der aus verschiedenen Gründen selbst bei den Konservativen eine gewisse Aufnahme gefunden hat. Churhik hatte bei einer früheren Gelegenheit die Erwartung geäußert, daß die chinesische Expedition aus Ersparnissen in anderer Richtung finanziert werden könne. Ueberdies weitest eine härtere Gruppe der Regierungspartei mit den Liberalen in der Agitation für Einschränkung der Staatsausgaben. Die La Bour dürfte, wenn der Nachtrag morgen im Unterhaus zur Sprache kommt, genötigt sein, ihn in corpore abzulehnen; MacDonald wurde ja im Frühjahr durch den Druck seiner radikalen Parteifreunde bestimmt, im Prinzip gegen die Entsendung der englischen Truppen nach Schanghai Stellung zu nehmen.

## Um den Kopf der Kefetele

Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat sich die Reichsregierung damit einverstanden erklärt, daß zunächst ein Vertreter der ägyptischen Regierung nach Berlin kommt, um persönlich die Wünsche der ägyptischen Regierung bezüglich der Rückgabe des Kopfes der Königin Kefetele auszuhandeln.

Die Angelegenheit hat folgende Vorgeschichte: Vor mehr als 15 Jahren waren bei deutschen Ausgrabungen, für die der Berliner Käjen James Simon die Konzeption hatte, wertvolle Funde gemacht, unter denen sich auch der Kopf der Kefetele befand. Auf Grund des Ausgrabungsvertrages wurde nach Abschätzung des Wertes durch einen ägyptischen Beamten ein wertvoller Klapphalter der ägyptischen Regierung und Herrn James Simon der Kopf der Kefetele zugesprochen. Diese Abmachung wurde durch den Leiter des ägyptischen Antiquitätendienstes bestätigt und die Ausfuhrbewilligung erteilt. Herr Simon hat dann später den Kopf der Kefetele wie auch andere Kunstgegenstände dem Preussischen Staat vermacht. Nunmehr erklärt die ägyptische Regierung nach 15 Jahren, daß man den Wert des Kopfes damals nicht richtig abgeschätzt habe. Sie gibt zwar zu, keinen juristischen Anspruch auf Rückgabe des Kopfes zu haben, glaubt aber einen moralischen Anspruch darauf geltend machen zu können. Da jedoch die ägyptischen Beamten, die an dem Vertrag mitgewirkt haben, Gelehrte von anerkannter Autorität waren, ist nach deutscher Ansicht ein solcher moralischer Anspruch nicht einzulehen. Daß der Kopf der Kefetele, der Mutter des Königs Tut-anch-amons, nach der Entdeckung des Grabmals Tut-anch-amons besonders wertvoll ist, ist ein Argument, das Deutschland genau so wie Ägypten für sich geltend machen kann.